

Antrag 502/I/2022

Joachim Rahmann u.a.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Wohngeld stärken: Geringverdiener:innen und Rentner:innen mit Wohnkostensteigerung nicht alleine lassen

1 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialde-
2 mokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf,
3 • die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stärkung des
4 Wohngelds und der Einführung der Klimakompo-
5 nente im Wohngeld noch in diesem Jahr umzuset-
6 zen.
7 • dabei den Kreis der Wohngeldberechtigten mindes-
8 tens zu verdoppeln.
9 • sich ergänzend für Verbesserungen über den Koali-
10 tionsvertrag hinaus einzusetzen, insbesondere bei
11 der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und der
12 Verbesserung der Mietenregulierung (inklusive der
13 Schließung von Regelungslücken wie bei der Ver-
14 mietung möblierter Wohnungen).
15 – In diesem Zusammenhang begrüßen wir die
16 massive Aufstockung der Mittel des sozialen
17 Wohnungsbaus durch den Bund. Die für den
18 Zeitraum 2022 bis 2026 vorgesehenen 14,5 Mil-
19 liarden Euro sind eine Trendwende im Sozialen
20 Wohnungsbau.
21 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
22 Abgeordnetenhausfraktion sowie die sozialdemokrati-
23 schen Mitglieder der Bundesregierung und der Berliner
24 Landesregierung auf,
25 sich dafür einzusetzen, dass Anspruchsberechtigte nied-
26 rigschwellig über ihr Recht auf den Erhalt von Wohn-
27 geld informiert werden, um den Anteil der Wohngeld-
28 Berechtigten, die kein Wohngeld beziehen, zu reduzieren.
29 Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen.
30

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialde-
mokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf,
• die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stärkung des
Wohngelds und der Einführung der Klimakompo-
nente im Wohngeld noch in diesem Jahr umzuset-
zen.
• dabei den Kreis der Wohngeldberechtigten mindes-
tens zu verdoppeln.
• sich ergänzend für Verbesserungen über den Koali-
tionsvertrag hinaus einzusetzen, insbesondere bei
der Schaffung von bezahlbarem **und barrierefreiem**
Wohnraum und der Verbesserung der Mietenregu-
lierung (inklusive der Schließung von Regelungslü-
cken wie bei der Vermietung möblierter Wohnun-
gen).
– In diesem Zusammenhang begrüßen wir die
massive Aufstockung der Mittel des sozialen
Wohnungsbaus durch den Bund. Die für den
Zeitraum 2022 bis 2026 vorgesehenen 14,5 Mil-
liarden Euro sind eine Trendwende im Sozialen
Wohnungsbau.
Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
Abgeordnetenhausfraktion sowie die sozialdemokrati-
schen Mitglieder der Bundesregierung und der Berliner
Landesregierung auf,
sich dafür einzusetzen, dass Anspruchsberechtigte nied-
rigschwellig über ihr Recht auf den Erhalt von Wohn-
geld informiert werden, um den Anteil der Wohngeld-
Berechtigten, die kein Wohngeld beziehen, zu reduzieren.
Dies gilt auch für Menschen mit Behinderungen.